

desjugendring gerichtet war. Die deutsche Fulbright-Kommission stellte ab 1956 für einige Jahre Reisestipendien zur Verfügung. Das Fulbright-Programm war am 1. August 1946 auf Initiative des US-Senators James William Fulbright gegründet und weltweit umgesetzt worden. Fulbright wollte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges das gegenseitige Verständnis zwischen den USA und anderen Staaten durch den akademischen und (inter-)kulturellen Austausch fördern. Das Programm finanzierte sich durch einen Teil des Erlöses aus dem Verkauf von Kriegsgütern, die somit einem friedlichen Zweck zugeführt wurden (vgl. Wannemacher 2006, S. 222). Fünf Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden durch die Fulbright-Kommission unterstützt, sie mussten als Voraussetzung für die Unterstützung das Abitur nachweisen können (vgl. Wisbar 2005, S.15).

Bürgerinnen und Bürger Clevelands unterstützten das Programm zum Beispiel als Gasteltern der Teilnehmenden und die Regierung der Vereinigten Staaten beteiligte sich finanziell. Ollendorff reiste nach Bonn und wählte die ersten Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus, die 1956 mit dem Schiff in die USA fuhren. Sie sollten das Leben in einer demokratischen Gesellschaft kennenlernen und blieben einige Monate in den USA. Nach ihrer Rückkehr wollten und sollten sie ihre Erfahrungen an junge Menschen in ihrer Heimat weitergeben. Das Cleveland International Program (CIP) war geboren. Das Programm expandierte, immer mehr amerikanische Städte beteiligten sich daran und in der Folge wurde das Programm 1965 in „Council of International Programs“ (CIP) umbenannt. Das CIP-Programm existiert noch heute und jedes Jahr nehmen Fachkräfte der Sozialen Arbeit aus der ganzen Welt daran teil. Auf Anregung der Teilnehmenden des Jahres 1956 wurde das Programm auf andere Länder ausgedehnt, so dass bereits ein Jahr später 51 Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter aus acht europäischen Ländern daran teilnehmen konnten. 1958 wurde das erste sogenannte „Gegenprogramm“ organisiert, das heißt Fachkräfte aus Amerika kamen nach Deutschland, um Ansätze der hiesigen Sozialarbeit kennenzulernen. Zunächst wurde dieses Programm in Hamburg, später in Berlin koordiniert. In diesem Programm liegen die Wurzeln des „Internationalen Studienprogramms für Fachkräfte der Jugend- und Sozialarbeit“ (ISP), das seit 1975 von der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ) koordiniert und durchgeführt wird (vgl. Wisbar 2005).

Blinder Fleck

Thomas Leif, Chefreporter des Südwestrundfunks, gehört zu den bekanntesten investigativen Journalisten Deutschlands. Er musste sich Anfang Juli auf einen bemerkenswerten Canossa-Gang begeben: Das Amt des Vorsitzenden im von ihm mit gegründeten Verein netzwerk recherche e.V. gab er auf, nachdem der Verein eingestehen musste, Zuwendungen der Bundeszentrale für politische Bildung nicht korrekt verwendet zu haben. Eigene Einnahmen hat der Verein offenbar über mehrere Jahre hinweg dem Zuwendungsgeber verschwiegen und nur damit eine Verlustsituation konstruiert, die den Erhalt der öffentlichen Zuwendung im Wege der Fehlbedarfsfinanzierung erst möglich machte.

Obwohl es nicht um astronomisch hohe Summen geht, ist der Vorgang natürlich hoch peinlich und kratzt am Ruf der Verantwortlichen und des Vereins, der sich ansonsten um die Entwicklung eines leistungsfähigen Journalismus in Deutschland verdient gemacht hat. Hier soll es aber nicht um Häme gehen über jemanden, der seinen eigenen sehr hohen Ansprüchen nicht gerecht geworden ist. Vielmehr taugt der Fall als warnendes Beispiel für die Fallstricke Bürgerschaftlichen Engagements.

Denn immer wieder stößt das DZI im Rahmen seiner Spenderberatung auf ehrenamtliche oder hauptamtlich Engagierte in gemeinnützigen Organisationen, die beste Absichten haben, auch viel Gutes bewirken und vom eigenen Altruismus zudem oft sehr überzeugt sind, die sich aber im Eifer ihres Engagements nicht ausreichend der Gefahr „blinder Flecken“ im Klaren sind. Der Geschäftsführer des netzwerk recherche e.V. hat jetzt gegenüber dem Berliner Tagesspiegel eingestanden: „Das ist, soweit ich weiß, tatsächlich das erste Mal, dass jetzt eine solche Einnahmen-Überschuss-Rechnung den Mitgliedern vorliegt“. Eine solche laxen Aufsichtspraxis widerspricht allen Vorstellungen zeitgemäßer Governance in Non-Profit-Organisationen. Dass dies selbst ausgewiesenen Recherche-Profis „passieren“ kann, sollte anderen Engagierten „Trost“ und Warnung zugleich sein.

Burkhard Wilke
wilke@dzi.de